

# **Forschungsstelle Osteuropa Bremen**

## **Arbeitspapiere und Materialien**

**Nr. 14    Polen und Tschechien    August 1996**

**Wolfgang Schlott**

**Staatliches und gesellschaftliches Mäzenatentum:  
Die polnische Kulturpolitik der 1990er Jahre**

**Ivo Bock**

**Sind Kulturpolitik und Kulturministerium in einem  
demokratischen Staat erforderlich?**

**Anmerkungen zu einer aktuellen tschechischen Diskussion**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen**

**Universitätsallee GW 1 · 28359 Bremen**

**Telefon 0421 / 218-3687 · Fax 0421 / 218-3269**

*Tc 0030*

## **Inhalt**

### **EINLEITUNG:**

**Auf dem Wege zur Entstaatlichung der Kulturpolitik:**

**Polen und Tschechien sechs Jahre nach der**

**politischen Wende ..... 3**

*Wolfgang Schlott*

**STAATLICHES ODER GESELLSCHAFTLICHES MÄZENATENTUM:**

**DIE POLNISCHE KULTURPOLITIK DER 1990er JAHRE ..... 5**

Anzeichen eines Aufschwungs.....5

Aufgabenbereiche in der Kulturpolitik.....7

Kulturpolitik im Spiegel der polnischen Gesellschaft .....8

Die Konturen der Kulturreform.....9

*Ivo Bock*

**SIND KULTURPOLITIK UND KULTURMINISTERIUM IN EINEM**

**DEMOKRATISCHEN STAAT ERFORDERLICH? ANMERKUNGEN**

**ZU EINER AKTUELLEN TSCHJECHISCHEN DEBATTE ..... 14**

Heftige Reaktionen auf ein Interview mit dem Kulturminister..... 14

Eine Äußerung des Premiers und ihr Echo in der politischen Sphäre..... 17

Der weitere Fortgang der Debatte ..... 18

Die Leistungsbilanz des Kulturministeriums in den neunziger Jahren .....20

## **EINLEITUNG**

### **AUF DEM WEGE ZUR ENTSTAATLICHUNG DER KULTURPOLITIK: POLEN UND TSCHECHIEN SECHS JAHRE NACH DER POLITISCHEN WENDE**

Die Transformation des kulturellen Lebens in Polen und der Tschechischen Republik läßt im wesentlichen auf dieselbe, seit 1989 mehr oder weniger konsequent und energisch verfolgte Strategie schließen, deren Hauptgedanke in der allmählichen Zurückdrängung des Staates aus diesem Bereich und der gleichzeitigen Aufwertung der Rolle lokaler und regionaler Selbstverwaltungsorgane sowie kultureller Vereinigungen und Verbände und nicht zuletzt privater Sponsoren besteht. Ob und - gegebenenfalls - wie schnell und auf welche Weise der Staat am Ende die Verantwortung für die Nationalkultur gänzlich an andere Akteure abgeben kann und soll, wurde allerdings in den beiden Ländern im Laufe der Jahre und wird auch noch heute sehr unterschiedlich beurteilt. Daß in dem Prozeß der Deetatisierung der Kultur bislang kein entscheidender Durchbruch gelungen ist, hängt aber nicht nur mit diesen konzeptionellen, das Transformationsziel betreffenden Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten zusammen. Hinzu kommen zumindest noch zwei weitere wichtige Faktoren: die allgemeine Finanzknappheit und beträchtliche legislative Defizite. Zu nennen ist zuvörderst die Steuergesetzgebung, die private kulturelle Initiativen und das Kultursponsoring keineswegs in dem allseits erwünschten Maße fördert, wenngleich einschränkend anzumerken ist, daß die Gesetze namentlich in Polen bereits heute weitgehende Abschreibungsmöglichkeiten eröffnen, die jedoch von potentiellen Sponsoren nicht ausreichend genutzt werden.

Die übergangsbedingten Probleme und die Ungewißheit hinsichtlich der künftigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Kultur lösten in beiden Ländern heftige Debatten aus, die - neben der Funktion kultureller Aktivitäten in einer demokratischen Gesellschaft - die Notwendigkeit einer staatlichen Kulturpolitik und eines hierfür zuständigen Ministeriums thematisierten und dabei bisweilen völlig gegensätzliche Positionen zutage förderten. Während aber diese Diskussion in Polen nach dem Wahlsieg der Linken im Herbst 1993 weitgehend verstummte, wurde in Tschechien - angefacht durch entsprechende Ankündigungen des amtierenden Ressortchefs Tigríd - noch Ende 1995 mit aller Heftigkeit über die Abschaffung des Kulturministeriums gestritten. Eine gewisse Beruhigung trat hier erst ein, als der Minister klarstellte, daß dies nicht kurzfristig zu erwarten sei und daß der Staat die Übernahme der Kulturförderung durch die Kommunen und Regionen sowie gesellschaftliche und private Akteure gewissenhaft vorbereiten und rechtlich absichern werde. Ob es sich hierbei um eine realistische Perspektive handelt, sei dahingestellt.

Ungeachtet der von der Kulturpolitik herrührenden Unwägbarkeiten gibt der gegenwärtige Zustand sowohl der polnischen wie der tschechischen Kultur kaum

Anlaß zu ernsthafter Besorgnis. Statt des von manchen vorhergesagten und befürchteten Niedergangs des kulturellen Lebens kommt es in beiden Ländern zu dessen unübersehbarer Belebung. Daß dies vielfach nicht dank, sondern vielmehr trotz des Wirkens staatlicher Stellen geschieht, ist allerdings eine andere Frage. Ein eindeutiges, wenn auch nur quantitatives Indiz für den kulturellen Aufschwung stellt die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur dar, die in Polen wie in Tschechien seit 1989 deutlich, in einigen Bereichen (z.B. Verlage, Zeitschriften und Galerien) sogar dramatisch, ausgeweitet wurde.

Die beiden vorliegenden Studien zeichnen - mit jeweils unterschiedlichen Akzentsetzungen - maßgebliche Tendenzen der polnischen und tschechischen Kulturpolitik der neunziger Jahre nach. Während dabei Wolfgang Schlott die institutionellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Kulturpolitik des polnischen Staates überprüft und deren Mängel aufzeigt, schildert Ivo Bock den Diskurs über die Existenzberechtigung des Prager Kulturministeriums und kontrastiert die darin vertretenen Grundpositionen mit dem realen Zustand der tschechischen Kulturpolitik und Kultur.

STAATLICHES ODER GESELLSCHAFTLICHES MÄZENATENTUM: DIE POLNISCHE KULTURPOLITIK DER 1990er JAHRE

*Anzeichen eines Aufschwungs*

Seit dem Spätherbst 1993 zeichnen sich - im Zusammenhang mit dem Wirken des neuen Kulturministers Kazimierz Dejmek - bei der finanziellen Absicherung wesentlicher kultureller Projekte überraschende Entwicklungen ab. Vor dessen Amtsantritt sah es so aus, als ob die polnischen Liberalen sich einen Wunschtraum erfüllen konnten: die Abschaffung des Ministeriums für Kultur und Kunst, das zu diesem Zeitpunkt nur noch über 0,76% des polnischen Bruttoinlandseinkommens verfügen konnte. Mit diesem Anteil war der vorläufige Tiefpunkt in der jährlichen Zuweisung für den Kulturhaushalt erreicht. Nach den durchschnittlichen 2 Prozent bis 1989 fiel das Kulturbudget von 1 % (1991) auf 0,86% (1992) bzw. 0,76% (1993). Eine sich formierende Öffentlichkeit, die sich aus unterschiedlichen Interessenvertretern zusammensetzte, forderte die verstärkte Rolle des Staates als Mäzen und Koordinator einer Kulturpolitik, die in ihrer Funktionsweise unüberschaubar geworden war. Einerseits subventionierte sie weiterhin Künstlerverbände und bestimmte Bereiche der kulturellen Infrastruktur (Theater, Kulturzeitschriften, Festivals), andererseits überließ sie jedoch weite Bereiche der kulturellen Grundausstattung (Bibliotheken, Jugendklubs, Kulturämter) der Obhut der verarmten Gemeinden.<sup>1</sup> Im Sommer 1994 äußerte sich Kazimierz Dejmek zu den Aufgaben seines Ministeriums:

"Das Kulturressort soll und muß jetzt ein ausführendes Organ der Regierung sein, die im Bereich der Kultur eine solche, und keine andere Politik betreibt. Eines ihrer Ziele ist die Rekonstruktion des staatlichen Mäzenatentums. Die Dummheit von der Selbstfinanzierung der Kultur und von der unsichtbaren Hand des Marktes u.s.w. hat die Praxis bloßgestellt. Sie führte dazu, daß unser Staat sich nicht von der elementaren Verpflichtung gegenüber seinen Bürgern bei der Gewährleistung eines unterschiedslosen Zugangs zu den Kulturgütern, ihrer Propagierung, ihres Schutzes und ihrer Produktion, entledigen kann."<sup>2</sup>

In diesem Interview äußerte er sich auch zu den Vorwürfen der Künstlerverbände, der Minister kümmere sich nicht mehr um eine ausreichende Dotierung ihrer schwer angeschlagenen Budgets.

<sup>1</sup> Vgl. Schlott, Wolfgang: Der freie Geist weht durch leere Kassen. Polens Kulturpolitik nach der politischen Wende 1989. In: Osteuropa 42 (1992) Nr. 12, 1086-1094.

<sup>2</sup> "Takie było zamówienie". Kazimierz Dejmek odpowiada na pytania Wiadomości Kulturalne. In: Wiadomości Kulturalne, Nr. 6 (1994) 5.

"Ich lege großen Wert auf die Meinung der Künstlerverbände, ich berücksichtige sie, sie beeinflussen meine Entscheidungen. Berechtigterweise halten sie sich für den Nabel der Welt ... Aber sie mögen mir das Urteil erlauben, daß auch eine Spitzenklöpplerin aus der Gegend von Bielsko-Biała, ein Töpfer aus der Umgebung von Lublin und ein Chronist aus dem bäuerlichen Milieu, ein Poet von Geburt an, große Künstler sind. Kultur und Kunst dringen nicht nur bis zur *Krakowskie Przedmieście* vor (Hauptstraße in Warschau, W.S.). Und sie ereignen sich nicht nur in den Gedichten von Tadeusz Różewicz, sie passieren auch in der von Gott und Menschen vergessenen allerdumpfsten Provinz, in den Händen eines rustikalen Bildhauers aus der Podhale (Vorgebirge der Karpaten, W.S.). Es ist unsere vornehmste Pflicht, uns um diese Kunst zu kümmern und sie zu fördern."<sup>3</sup>

Der sich hier abzeichnende neue Kurs der polnischen Kulturpolitik ist nach Budzynski/Krassowski "die Konzeption eines Ministeriums als aktiver Moderator von kulturellen und künstlerischen Prozessen, die weder von oben gesteuert noch als Elemente eines freien Marktes behandelt werden. Diese Konzeption legt fest, daß jeder Künstler Verantwortung übernimmt für sein Talent und seine Botschaft, dem Staat aber die Tragweite jener Botschaft nicht gleichgültig ist. In dieser Weise wird die Kultur in ein breit verständliches Interesse des Staates eingebaut, der, wenn er zivilisiert und modern sein will, die kulturellen Angelegenheiten weitsichtig angehen muß."<sup>4</sup>

Die ersten Anzeichen für das erhöhte Engagement der postkommunistischen Regierung, die nach dem Wahlsieg des sozialdemokratischen Kandidaten Kwaśniewski im November 1995 ihre Politik noch konsequenter durchsetzen kann, sind die Steigerungsraten im Kulturbudget. Wenngleich der prozentuale Anteil im Jahr 1996 die 0,76%-Marge nur unwesentlich überschreiten wird, ist ein erhebliches Anwachsen der Ausgaben zu registrieren. Während 1995 rund 677 Millionen (neue) Złoty ausgegeben werden durften, wird die Menge der Ausgaben im Jahr 1996 auf beinahe 841 Millionen Złoty steigen.<sup>5</sup> Die Finanzmittel werden wie folgt verteilt: Ausstellungsaktivitäten der Kunstzentren (24,8 Millionen Zł.); Unterhalt der Klubhäuser und Kulturzentren (43,3 Mill.); Zuschüsse für den Betrieb von Theatern, Opernhäusern, Volksbühnen (178,2 Mill.); Philharmonien, Orkester und Tanzensembles (44,5 Mill.), Konzertagentur (0,3 Mill.); Unterhalt der Bibliotheken (135,1 Mill.) und für den Schutz und Konservierung von Baudenkmälern (91,9 Mill.).<sup>6</sup> Die umfangreichsten Budgetmittel müssen jedoch für den Wiederaufbau des Nationaltheaters und der Nationalbibliothek in Warschau aufgebracht werden.

<sup>3</sup> Ibid.

<sup>4</sup> Budzynski, Adam/ Krassowski, Maciej: Trzecia droga. Raport o finansach kultury. In: Wiadomości Kulturalne Nr. 49 (80) 1995, 8.

<sup>5</sup> Die Steigerungsraten sind allerdings mit den Inflationsraten der Konsumgüterpreise zwischen 1993 und 1995 zu korrelieren. Sie liegen zwischen 35,3% und 28,0% (1995), vgl. dazu: Clement, H. u.a.: Wirtschaftsentwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Osteuropa Institut München. Working papers, Nr. 178 (1995), 26.

<sup>6</sup> Angaben nach "Nakłady budżetu na kulturę i sztukę w 1996 r." In: Wiadomości Kulturalne, Nr. 49 (80), 1995, 1.

Die im Haushalt verankerten Richtzahlen verweisen auf das Anwachsen des Bruttoinlandproduktes um rund 3,5% pro Jahr - verglichen mit dem Ausgangsjahr 1992.<sup>7</sup> Obwohl die Erhöhung des Budgets um rund 160 Millionen Zloty eine Entlastung für laufende Projekte bedeutet, bewirkt erst ein prozentualer Anteil von 1% am Gesamthaushalt "eine Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse auf stagnierendem Niveau".<sup>8</sup>

### *Aufgabenbereiche in der Kulturpolitik*

Bei der Beschaffung von zusätzlichen Finanzmitteln will der Minister - mit Unterstützung des Finanzministeriums - bereits vorhandene Steuerrichtlinien transparenter machen. Unter Verweis auf den Bankenfonds für Kultur informierte der damalige Vizepremier und Finanzminister, Grzegorz W. Kołodko, über die Möglichkeiten steuerlicher Abschreibungen für Einzahlungen in diesen Fonds.<sup>9</sup> Ein vom Sejm bestätigtes Gesetz ermögliche Abschreibungen von der eingezahlten Summe bis zu 15 %. Weder Firmen noch kulturelle Institutionen wüßten etwas von solchen Vergünstigungen. Die steuerlichen Erleichterungen wären jedoch für Firmen mit hohen Bruttohaushalten von sehr großem Interesse. So könnten z.B. Unternehmen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 100 Millionen Zloty bis zu 15 Millionen in den Bankenfonds einzahlen. Die jeweiligen Wirtschaftsobjekte könnten dann 15 Millionen abschreiben und brauchten nur noch für 15 Millionen Zl. Einkommenssteuern zahlen. Von den eingezahlten Geldern habe der Fonds in der Zwischenzeit eine Reihe von Kulturstiftungen unterstützt, wie z.B. den *Fonds der Polnischen Kultur*.

Obwohl gewisse Summen schon in die Kassen großer Stiftungen geflossen sind, dauert die Prozedur der juristischen Registrierung des Bankenfonds noch an. Ein Stiftungsrat soll einberufen werden; ein Aufsichtsrat, bestehend aus Kulturmanagern, Geschäftsleuten und Bankfachleuten, soll etabliert werden. Selbst der Status des Fonds ist noch nicht festgelegt, denn, so der Minister, die Stiftung könne vielleicht auch einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen. Das ministerielle Eingeständnis, daß Gelder in den Bankenfonds fließen, ohne daß dessen Satzungen rechtlich abgesichert sind, spricht für sich.

Auch hinsichtlich der Verteilungsmechanismen der staatlichen Finanzmittel für den Kultursektor herrscht Unklarheit. Es ist daran zu erinnern, daß die Mittel für das Kulturbudget sowohl aus dem Staatshalt als auch aus den Selbstverwaltungen der Gemeinden stammen. Im Jahr 1994 mußten die Gemeinden fast 50% des

<sup>7</sup> Es handelt sich dabei um die Änderung des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen für Polen lauteten: 1992: 2,6%; 1993: 3,8 % und 1994: 5,0% (vgl. Economy Survey of Europe (ECE) 1992/93 und 1993/94, New York/Geneva 1993/1995, unter Verweis auf Quaisser, Wolfgang: Vergleich der wirtschaftlichen Transformation in Osteuropa und Ostasien. In: Osteuropa-Wirtschaft 40 (1995) 4, 284.

<sup>8</sup> Budzynski, Adam/ Krassowski, Maciej: a.a.O., Ibid.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Gorzej nie było. Rozmowa z prof. Grzegorzem W. Kołodko, wicepremierem i ministrem finansow. In: Wiadomosci Kulturalne 49 (80) 1995, 23.

Kulturhaushaltes tragen. Mit diesem Anteil sind vor allem die kleineren Kommunen insofern überfordert, als sie selbst für den Unterhalt ihrer Schulen nicht genügend Geld aufbringen können.

### *Kulturpolitik im Spiegel der polnischen Gesellschaft*

Neue Finanzquellen könnten in dieser angespannten Lage eine gewisse Entspannung bringen. Die jetzt rechtsgültig gewordene Abschreibung von Geldern zum Wohle der Gemeinschaft wäre möglicherweise in wirtschaftlich starken Wojewodschaften ein probates Mittel zur Kulturförderung, wenn die Unternehmen die Regularien zur Abschöpfung fiskaler Gelder kennen würden. Da dies gegenwärtig noch nicht der Fall ist, müssen die Kommunen mit ihren spärlichen Mitteln haushalten. Sehr zum Schaden des öffentlichen Ansehens der staatlichen Kulturpolitik. Umfrageergebnisse in 47 polnischen Gemeinden, die in 10 Wojewodschaften liegen, bestätigen das trübe Bild bei der Bewertung der kulturellen Situation in der eigenen Gemeinde, verglichen mit der Situation vor einigen Jahren.<sup>10</sup> Mehr als vierzig Prozent der Befragten sprachen von einer Verschlechterung des kulturellen Lebens, zwölf Prozent meinten, es sei so wie immer, nur etwa zwanzig Prozent entdeckten bestimmte Symptome einer Belebung kultureller Aktivitäten, zwanzig Prozent äußerten sich nicht bzw. hatten gar keine Meinung. Dieses Meinungsspektrum ähnelt den Bewertungsmaßstäben, die Experten aus Agrarsiedlungen und Kleinstädten mit langen kulturellen Traditionen entwickelt haben. Eine zusätzliche Bewertungsvariante setzt sich in didaktischer Hinsicht mit Produkten der westlichen Kulturindustrie auseinander, die aus Westeuropa und Amerika importiert werden. Sie treffen vor allem in der katholischen Geistlichkeit auf Widerstand.<sup>11</sup>

Beklagt werden auch Einbußen bei der kulturellen Erziehung der polnischen Jugend. Sie entstehen aufgrund der Verarmung der Schulen und der Streichung ihrer Bildungsangebote. Während in den 80er Jahren viele Schulen noch workshops anbieten konnten, die der Entfaltung individueller Begabungen und Interessen in künstlerischen und naturwissenschaftlichen Bereichen dienten, verfügen die Schulen nunmehr (wegen der finanziellen Armut der meisten Kommunen) kaum noch über Finanzmittel für außerschulische Aktivitäten.

Die Verarmung der schulischen kulturellen Bildung bedeutet natürlich die Verlagerung kultureller Interessen der meisten Jugendlichen auf die Angebote der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Sie sind aufgrund der stark reduzierten Zuschüsse gezwungen, nach marktwirtschaftlichen Überlegungen ihren Kulturbetrieb zu führen. Die Folge davon ist ein Überangebot an Produkten der

<sup>10</sup> Vgl. dazu Górski, Artur: Zmierzch czy kolejny świt? In: Wiadomości Kulturalne Nr. 5 (1994) 4.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die medienpädagogischen Anmerkungen Bobińskis zu den neuen polnischen Jugendzeitschriften ("Cały ten zgiełk czyli odlot od krainy naiwności" In: Tygodnik Powszechny, Nr. 1 (1995) 7), die im Stil von *Bravo* oder *Popcorn* gestaltet sind und große Anerkennung unter den polnischen Teens und Twens finden.

westlichen Kulturindustrien, deren Manager mit unterschiedlichen Strategien Medienanteile erwerben, um Absatzmärkte zu schaffen. Über die Auswirkungen solcher Schachzüge, an denen die einheimischen Agenturen partizipieren, ist die polnische Öffentlichkeit sehr beunruhigt.<sup>12</sup> Soziologische Umfragen des Warschauer Instytut Kultury über negative Erscheinungen, die die polnische Kultur aus der Sicht unterschiedlicher Vermittler bedrohen könnten, bestätigen diese Tendenz teilweise. Befragt wurden 1085 Personen aus den folgenden fünf kulturbildenden Einrichtungen: Kirchliche Gemeinde, Kulturhaus, Kulturförderer (Animator), Schule und Bibliothek. Sie sollten Stellung nehmen zu negativen Phänomenen. Im Durchschnitt äußerten sich 68,7% positiv auf das Merkmal: *alles wird teurer in einer Kultur, die sich die Menschen nicht mehr leisten können*; 41,5 % meinten, daß die Polen überarbeitet seien und deshalb keine Zeit für Kultur haben; 23,5 % bestätigten, daß es sehr viel Kitsch gebe unter den medialen Angeboten; nur 9,6 % sahen in pornografischen Produkten eine Gefahr für "Leib und Seele", wobei hervorzuheben ist, daß fast 40 Prozent der kirchlichen Kulturvermittler vor solchen Produkten warnten. Nur 22,4 % der Befragten bedauerten es, daß aufgrund der medialen "Superangebote" die Werke der Nationalkultur nicht mehr zur Geltung kommen. Fast ebenso hoch (21,4 %) war der Anteil derer, die es beklagten, daß es für den Normalverbraucher keine betrieblich subventionierten Eintrittskarten mehr gebe.<sup>13</sup>

### ***Die Konturen der Kulturreform***

Trotz der realen Steigerungsraten von 5,6% (Bildung und Erziehung) und 3,7 % (Kultur und Kunst) im Jahre 1995 - im Vergleich zu 1994 - erweisen sich nach Ansicht von Budzynski/Krassowski - die Geldsummen für den nationalen Kulturhaushalt nur als "Tropfen im Ozean der Bedürfnisse". Ihre weitere Reduktion zugunsten der riesigen Investitionen, die in den Bau der Nationalbibliothek, den Wiederaufbau des Nationaltheaters und in die notwendige Restauration vieler Kulturdenkmäler (auch außerhalb Polens, wie z.B. in Weißrußland und Litauen) fließen, möchte die seit Ende 1993 regierende Links-Koalitionsregierung bremsen. In dem Aufgabenkatalog des Ministeriums für Kultur und Kunst stehen in den Jahren 1995-1997 drei Bereiche an der Spitze der zu fördernden Kultur:

- finanzielle Unterstützung für den Buchsektor und die Förderung der Buchkultur;
- Schutz des kulturellen Erbes;
- kulturelle Bildung.<sup>14</sup>

Bei der Umsetzung der programmatischen Vorstellungen zur Rettung tradierter kultureller Werte gibt es augenscheinlich eine Übereinstimmung, wonach das Problem der Finanzierung der Kultur durch die ständige Erhöhung der Zuweisungsraten für Institutionen, Verlage, Filme oder Großveranstaltungen nicht zu

<sup>12</sup> Vgl. dazu Hirsch, Helga: Auf der Hut vor dem Gift des Westens. In: Die Zeit, Nr. 31 (1995), 43.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Angaben bei Górski, Artur: Zmierzch czy kolejny świt? In: Wiadomości Kulturalne Nr. 5 (1994), 4.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Budzynski, Adam/ Krassowski, Maciej: Trzecia droga, a.a.O.

lösen sei. Ein solches "Modell" trage die Spuren von konservativem Denken, Bequemlichkeit und einer Sehnsucht nach der VR Polen. Die Kultursphäre in einem marktwirtschaftlich orientierten demokratischen Staat benötige Geld, mehr noch aber Reformen. Drei wesentliche Punkte müsse eine Reformierung des polnischen Kultursektors umfassen.

1. Die konzentrierte Förderung von kulturellen Institutionen und künstlerischen Tendenzen, von denen authentische Beiträge zur Bereicherung der Nationalkultur zu erwarten sind. Es handelt sich dabei um die Forderung, international anerkannte Ausstellungen, Theaterinszenierungen und Filme zu machen.
2. Die Reformen dürfen sich nicht nur an der Effizienz des kulturbürokratischen Apparates orientieren, sondern sie müssen die Erfolge konkreter Inszenierungen, Konzerte, Buchveröffentlichungen im Kontext der sie erschaffenden Ensembles, Orchester oder Verlage bewerten.
3. Die Reformen müssen nach der Kreierung und Belebung von außerstaatlichen und privaten Finanzierungsquellen streben. Das Ziel müsse die Einwerbung von zusätzlichen Geldmitteln aus den Kassen großer Privatunternehmen sein, die mit Hilfe von anerkannten Kulturträgern ihre Marktprodukte attraktiver gestalten könnten. In optimaler Hinsicht sollten solche Unternehmen - im Verbund mit anderen - die bisher vom Staat geleisteten Zuwendungen übernehmen.<sup>15</sup>

Daß der Ruf nach nichtstaatlichen Finanzierungsquellen in der Zwischenzeit nicht unerhört verhallt ist, zeigen die Ausführungen von Andrzej Urbanskij, dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Kultur- und Medienkommission im Sejm.<sup>16</sup> Er wendet sich unter der Fragestellung: staatliches oder gesellschaftliches Mäzenatentum? gegen den Mythos vom Zerfall der kulturellen Strukturen. Er habe unter Hinweis auf die hohen staatlichen Subventionen in den 70er Jahren den Diskurs über die angebliche miserable Situation der kulturfördernden Institutionen in den 90er Jahren gespeist. Urbanczyks Analyse erweist sich als nüchterne Diagnose eines augenscheinlich nicht mehr kränkelnden Patienten:

"Was ist denn wirklich passiert? Verändert hat man die Finanzierungsgrundlagen des Kultursektors durch den Staat bis an die Grenze der Effizienz vieler Institutionen. In einige Bereiche des künstlerischen Schaffens und dessen Verbreitung (Buch, Kino, Fotografie, Distribution, Presse) sind die Marktrechte eingedrungen, was dazu führt, daß der Preis der individuellen Teilnahme an der Kultur gestiegen ist.

Es zeigt sich jedoch, daß entgegen den katastrophalen Prognosen der Bestand an materiellem Kulturbesitz nicht sichtbar geringer wurde."<sup>17</sup>

Der vorgelegte Ausschnitt aus der Leistungsbilanz ist in der Tat beeindruckend. Von 1970 bis 1993 sind in Polen 31 Schauspieltheater entstanden, darunter allein im Zeitraum von 1990 bis 1993 9 Theater mit 29 Bühnen. Auch die Zahl

<sup>15</sup> Vgl. dazu "Nakłady budżetu ...", a.a.O.

<sup>16</sup> "Mecenat państwowy czy obywatelski?" In: Wiadomości Kulturalne Nr. 12/1996, 1/9.

<sup>17</sup> Ibid.

der Schauspielpremieren ist stark gestiegen. 1993 gab es allein 25 Premieren mehr als 1990. Um rund 75 % hat die Zahl der Philharmonien, Symphonieorchestern und Kammerorchestern zugenommen, von 19 (1990) auf 33 (1993). Eine noch positivere Bilanz weist die Branche der Kulturzeitschriften auf: .... Urbanczyk polemisiert auch mit der Behauptung der liberaldemokratischen Opposition, daß Jahr für Jahr der Anteil der Ausgaben für Kultur im Staatsbudget sinke. Zunächst räumt er ein, daß die 0,68% des Staatsbudgets für 1996 der logische Nachweis für die geringer werdenden Zuwendungen sind. Allerdings würden all diejenigen mit Blick auf den "goldenen Mythos" vergessen, daß z.B. die 1,5 Prozent des Jahres 1988 für die gesamte Infrastruktur der Kultur reichen mußten, während die 0,68 % im Jahr 1995 nur den Selbstverwaltungshaushalten zufließen. Der sinkende Anteil des Staates an den Kulturhaushalten stehe im Zusammenhang mit der Reform des polnischen Staates, der immer mehr Funktionen den Selbstverwaltungen übertrage. Außerdem sei der Anteil der privaten Kulturvermittler an der Angebotspalette beträchtlich gestiegen. Es handelt sich dabei vor allem um hunderte von kleinen Verlagen, die in der Zwischenzeit nicht nur das riesige Nachholbedürfnis der Polen an Sensationslust gleichwelcher Art befriedigen sondern auch einen wachsenden Anteil an der Produktion von belletristischer und sachbezogener Literatur haben.

Der chronische Mangel an Finanzmitteln macht die meisten staatlichen Kulturinstitutionen in der Zwischenzeit erfinderisch. So gestand der Direktor des Zentrums für Zeitgenössische Kunst in Warschau, Wojciech Krukowski, in einem Interview, daß die staatlicherseits zugesicherten Budgetmittel für laufende Ausstellungen nur 12 % des gesamten Haushaltes ausmachten und nur von Januar bis März reichten.<sup>18</sup> Dank gewisser Subventionen aus anderen Ministerien und dank bestimmter Zuweisungen aus den Fonds inzwischen geschaffener nationaler und privater Stiftungen können weitere 60 % der Budgets eingeworben werden. Außerdem erarbeitet das Zentrum weitere Finanzmittel, indem es seine Räume und Ausstellungssäle an die Interessensverbände der polnischen Industrie und Wirtschaft vermietet. Ziel dieser seit über sechs Jahre laufenden Mischfinanzierung ist es, nicht nur ein hohes künstlerisches Niveau im Ausstellungsbereich zu halten, sondern auch das gesellschaftliche Engagement in einem Kultursektor zu stärken, der in der öffentlichen Meinung als besonders elitär gilt. Der Abbau von Vorurteilen gegenüber "unverständlichen" Kunstobjekten kann natürlich nicht nur durch verlockende Angebote, wie z.B. freier Eintritt in Museen und Kunstzentren an einem Wochentag, erreicht werden. Viel wirksamer ist - neben einer kontinuierlichen kunstdidaktischen Arbeit in Schulen und Museen - das gesellschaftliche Engagement im Bereich der Projektförderungen. Eine experimentelle Form der Zusammenarbeit von staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Mäzenen ist nach Ansicht von Urbanczyk die Konzeption des Treuhänderrates (Rada powiernicza), dem Institutionen und Kultureinrichtungen angehören sollen, die die staatlichen Gelder einerseits untereinander aufteilen, und andererseits Finanzmittel aus gesellschaftlichen und privaten Quellen einwerben. Da solche neuen institutionellen

---

<sup>18</sup> "Jestem człowiekiem zadowolonym." Rozmowa z Wojciechem Krukowskim, dyrektorem Centrum Sztuki Współczesnej. In: Wiadomości Kulturalne 11 (95) 1995, 23.

Formen sich noch in der Phase des Ausprobierens befinden, müssen die Vordenker einer selbstverantwortlichen Kulturpolitik sich auf die bisherigen Formen der - oft wenig effizienten Verwendung der Gelder - verlassen.

Daß der polnische Staat bei der gezielten Förderung und Finanzierung der Kultur in die Pflicht genommen wird, verdeutlicht das am 12. April 1996 novellierte Gesetz über die Organisierung und die Durchführung kultureller Aktivitäten. Unter der Überschrift 'Verfassung für die Kultur' verweist Bogdan Chajewski auf drei zwingende Gründe, die für die konstitutionelle Form des vorliegenden Dokumentes sprechen: 1. In den Entwürfen zur großen Verfassung fehle der Begriff 'Kultur', 2. Ein Gesetz sei immer der legalisierte Bezugspunkt für andere Gesetzesakte, wie z.B. das in Vorbereitung befindliche Gesetz über die polnischen Museen und Bibliotheken, 3. Das novellierte Gesetz schaffe stabile Entwicklungsbedingungen unter den Bedingungen der Marktwirtschaft.<sup>19</sup> An der Vorbereitung und Ausgestaltung des Gesetzes waren Vertreter der Kommunen, Mitarbeiter des Kulturinstituts in Warschau, Vertreter der Föderation für Kultur und Kunst, der Kulturkommission der "Solidarnosc" und der Kulturkommission des Polnischen Städtebundes beteiligt. Eines der zwingenden Argumente, die für die Novellierung des Gesetzes sprachen, war - mit dem Blick auf westlichen Industriestaaten - die Frage des staatlichen Mäzenatentums. In dem vorliegenden Gesetzesentwurf, der noch durch den Sejm bestätigt werden muß, ist die staatliche Fürsorgepflicht den territorialen Selbstverwaltungsorganen anvertraut. Sie sollen die entsprechenden Finanzmittel verwalten und in Form von Sachmitteln, Stipendien und Preisen - im Rahmen von künstlerischen und literarischen Projekten wie auch anderen Kulturförderungsprojekten - veräußern. Das Gesetz benennt auch die Organisatoren der kulturellen Aktivitäten: staatliche Zentral- und Wojwodschaftsverwaltungen, Gemeinden und kommunale Verbände. Sie sollen Institutionen schaffen, die sich ausschließlich mit kulturellen Projekten beschäftigen. Der Gesetzesgeber trägt außerdem Sorge um die Finanzierung der jeweiligen Kulturinstitution: *"Der Organisator stellt nicht nur die unentbehrlichen Mittel für den Start, sondern auch für die Durchführung der kulturellen Aktivitäten zur Verfügung."*<sup>20</sup> Außerdem sieht das Gesetz vor, daß die Einnahmen einer Kulturinstitution Einkommen aus der kulturellen Tätigkeit darstellen, darunter auch Miete und Erbpacht, Zuwendungen aus dem Budget, Spenden von Privatpersonen und Körperschaften wie auch anderen Quellen. Bislang unterlagen die Einnahmen durch den Verkauf von Eintrittskarten der Einkommenssteuerveranlagung. Von dieser Auflage sind die Kulturinstitutionen nunmehr befreit, wenn sie die Einnahmen entsprechend ihrer Statuten verwenden.

Auch in zwei weiteren Bereichen sieht das Gesetz wesentliche Erleichterungen bei der Bewältigung bürokratischer Hürden vor. Kommunen, die eine neue kulturelle Institution schaffen wollen, müssen eine bereits bestehenden nicht vorher liquidieren, sondern müssen nur den Nachweis erbringen, daß sie in finanzieller und infrastruktureller Hinsicht in der Lage sind, diese - entsprechend den gesetzlichen Vorschriften - zu führen. Die Ernennung und Abberufung von Direktoren

---

<sup>19</sup> "Konstytucja dla kultury". In: Wiadomosci Kulturalne, Nr. 17 (101), 1996, 8.

<sup>20</sup> Ibid.

solcher Institutionen war auch in Polen stets ein Gegenstand heftigen Streits. Nunmehr ist vorgesehen, daß der Organisator der kommunalen Einrichtung unter Rücksprache mit dem Kulturminister den Direktor beruft und abberuft. Nur im Falle der überregionalen Kulturinstitutionen entscheidet der Minister bei der Besetzung der Direktorenposten allein. Das Gesetz sieht aber vor, daß bei der Berufung der kommunalen Einrichtungen ein breites Spektrum von öffentlichen Meinungsträgern bei der Entscheidungsfindung tätig werden muß.

Bei einer eingehenden Bewertung der Gesetzesnovelle wird ersichtlich, daß der amtierende Minister Dejmek sich auf solche Unternehmen stützen möchte, die gesellschaftsintegrative Funktionen haben und die der an moralischer und kultureller Identitätskrise leidenden polnischen Gesellschaft "einen tieferen Sinn" geben sollen. Aufrichtigerweise gestehen ministerielle Bürokratie und Kulturpublizistik, daß trotz des vorliegenden Gesetzes die Suche nach einer optimalen Lösung des staatlichen Mäzenatentums noch lange dauern wird. Hoffentlich wird die polnische Kulturbürokratie - möglicherweise auch abgeschreckt durch die drohende Liquidierung der kulturellen Grundversorgung in einer Reihe von bundesdeutschen Kommunen seit Beginn der 90er Jahre - eine mutige Umsetzung der im Gesetz verankerten Vorschriften anstreben, immer vorausgesetzt, daß die polnischen Wirtschaftsdaten auch zu Beginn des dritten Jahrtausends mit stetigen Zuwachsraten versehen sein werden.

## SIND KULTURPOLITIK UND KULTURMINISTERIUM IN EINEM DEMOKRATISCHEN STAAT ERFORDERLICH? ANMERKUNGEN ZU EINER AKTUELLEN TSCHECHISCHEN DEBATTE

### *Heftige Reaktionen auf ein Interview mit dem Kulturminister*

Im Herbst 1995 entspann sich in der tschechischen Presse eine lebhafte Debatte über die Notwendigkeit einer staatlichen Kulturpolitik und die Zukunft des Kulturministeriums. Den Anfang machte das Blatt *Právo* (das frühere *Rudé právo*, bis 1989 das Publikationsorgan des Zentralkomitees der KPTsch), das Mitte September ein Interview mit dem amtierenden Ressortminister Pavel Tigrid abdruckte. Dieser bekannte sich darin nicht nur zu dem kaum strittigen Grundsatz, daß „der Einfluß des Staates im Bereich der Kultur so gering wie möglich“ sein sollte, sondern er erklärte auch seine tiefe Abneigung gegen jegliche staatliche Kulturpolitik und stellte sogar die Abschaffung seines Amtes in nicht allzu ferner Zukunft in Aussicht. Es handele sich nämlich um „ein Produkt einer Zeit, in der alles von einem Zentrum aus kontrolliert wurde“. <sup>1</sup> Obwohl Tigrid damit nur eine Position bekräftigte, die er - etwa anlässlich seiner Amtseinführung vor knapp zwei Jahren - wie auch einige seiner Vorgänger (besonders nachdrücklich Milan Uhde, der heutige Parlamentspräsident) bereits mehrfach öffentlich verkündet hatten, erhob sich erst diesmal ein heftiger Protest. Die Kritiker sprachen unter anderem vom „Syndrom des vergangenen Krieges“: Der Minister sei dermaßen durch den längst entschiedenen Kampf gegen die „dirigistische Lenkung der Kultur“ geprägt und traumatisiert, daß er deren heutige, durch den Systemwandel bedingte Probleme nicht wahrzunehmen vermöge.<sup>2</sup> Seine „praktische Tätigkeit bzw. Untätigkeit“, so hieß es ferner, komme einer „Antikonzeption“ gleich, welche die „geistige Geburt“ verhindere und die tschechische Kultur in einen ähnlich tristen Zustand wie zu Zeiten Österreich-Ungarns „zurückwerfe“.<sup>3</sup> Schließlich lasse es der Minister zu, daß in dem ihm obliegenden Sektor des gesellschaftlichen Lebens „Verhältnisse wie auf einem Marktplatz“ entstünden, was etwa daran abzulesen sei, daß „über das Schicksal eines Buchs nicht die Leser, sondern die Markthändler“ entschieden. Diese übten aber „ihre Zensur genauso stumpfsinnig aus wie die Fojtíks und die Müllers“, die beiden für die Kulturpolitik des alten Regimes unmittelbar verantwortlichen Spitzenfunktionäre des ZK der Kommunistischen Partei.<sup>4</sup> Mit anderen Worten: „Herr Tigrid wechselte vom kommunistisch-dirigistischen zum phanatistisch liberalen Extrem über. Er will nicht so handeln, wie es die Kommunisten getan hatten, und deshalb erhob er das Nichtstun zu seinem Programm /.../. Er machte

<sup>1</sup> František Cinger: Vliv státu v oblasti kultury by měl být co nejmenší (Interview mit P.Tigrid), in: *Právo*, 16.9.1995

<sup>2</sup> Alex Koenigsmark: Syndrom minulé války, in: *Právo*, 25.9.1995

<sup>3</sup> Jaroslav Boček: Nejen Francouzi milují svou kulturu, in: *Právo*, 28.9.1995

<sup>4</sup> ders.: Mluvme tedy o kultuře, in: *Právo*, 6.10.1995

sich die Ideologie der lenkenden Passivität zu eigen. Dafür hätte er aber wohl keinen Ministersessel gebraucht“.<sup>5</sup>

Um ihrer Kritik mehr Nachdruck zu verleihen, hoben die *Právo*-Redakteure und auch andere in diesem Blatt zu Wort gekommene Kritiker demgegenüber hervor, daß das von Tigríd allem Anschein nach favorisierte Prinzip des *laissez faire* den Erfahrungen und der Praxis in so gut wie allen zivilisierten Ländern der Welt widerspreche, die die Notwendigkeit einer staatlichen Kulturpolitik und einer Subventionierung der Kultur längst erkannt hätten. Dies gelte im besonderen Maße für kleinere Länder wie die Tschechische Republik, deren Kultur - zumal wenn sie sich einer „schwer zugänglichen“ Sprache bediene - nur ein begrenztes Publikum erreichen könne: „je kleiner das Land und je schwerer zugänglich seine Sprache und Traditionen, desto größer der prozentuale Anteil, der aus öffentlichen Mitteln für die Kultur aufgebracht wird“. Überlasse dieser Staat die Kultur den Kräften des Marktes, so befreie er sie nicht, sondern nehme „wenn nicht ihre Liquidierung, so zumindest ihre völlige Marginalisierung“ in Kauf.<sup>6</sup> Und damit nicht genug: Da die Kultur eine integrative, identitätsstiftende Funktion erfülle - sie mache „aus einer Herde von Produzenten und Konsumenten eine Gesellschaft, ein Gemeinwesen, eine Nation“ - , befinde sich die Gesellschaft, die sie im Stich lasse, „auf dem besten Wege aufzuhören, als eine Gesellschaft zu existieren“.<sup>7</sup> Sie begehe folglich nicht nur einen kulturellen, sondern „im gewissen Sinne auch einen nationalen Selbstmord“.<sup>8</sup>

Diese Urteile lassen es an Deutlichkeit nicht fehlen. Sie sind aber vielzu pauschal und bleiben insoweit vielzu sehr im Prinzipiellen stecken, als sie vor allem die Inadäquatheit der den regierenden „Neoliberalen“ unterstellten Ideologie nachzuweisen versuchen. Dem realen Zustand der tschechischen Kultur und der realen Politik des gegenwärtigen Kulturministers können sie so nicht gerecht werden. Daß die zunächst nur auf *Právo* beschränkte Debatte selten über die Formulierung von Grundsatzpositionen und ideologischen Gegensätzen hinausging, war jedoch nicht allein die Schuld der Kritiker. Vielmehr entschied sich auch Tigríd in dem genannten Interview sowie in zwei weiteren, in demselben Blatt veröffentlichten Beiträgen bewußt für einen „breiteren kultur-politischen Blick“ und präsentierte folglich nicht eine nüchterne Bilanz des kulturellen Wandels und der von seiner Behörde durchgeführten oder geplanten Maßnahmen und Initiativen, sondern beschränkte sich - leider - weitgehend auf allgemeine Prinzipien, Orientierungen und Zielsetzungen. Typisch sind folglich Feststellungen von der Art, daß es gelungen sei, die „zentrale Lenkung auch im Bereich der Kultur“ abzuschaffen, den „Übergang zur Marktwirtschaft“, die mittlerweile im kulturellen Leben eine „alltägliche Realität“ geworden sei, zu vollziehen, die „Restrukturierung des überdimensionierten Netzes von Kultureinrichtungen“ einzuleiten und Kulturdenkmäler, Theater, Galerien usw. zu entstaatlichen und sie Städten, Gemeinden, Regio-

<sup>5</sup> Stanislav Vácha: Být ministrem kultury, byl bych nešťastný, in: *Právo*, 18.10.1995

<sup>6</sup> Antonín J. Liehm: Na okraj diskuse o kultuře, in: *Právo*, 14.11.1995

<sup>7</sup> Jaroslav Boček: Nevedeme minulé války, in: *Právo*, 8.11.1995

<sup>8</sup> Antonín J. Liehm: Na okraj

nen, Verbänden oder physischen Personen zu übergeben, von denen sie „effektiver als vom Staat verwaltet und finanziert werden“ könnten<sup>9</sup>

Besonderen Akzent legt Tigrid dabei auf die Feststellung, daß dieser Vorgang keines ausgefeilten, öffentlich verkündeten kulturpolitischen Konzepts bedurft habe: „Im Laufe von nicht einmal fünf Jahren konnte sich die Kultur ohne viel Theoretisieren /.../ aus der tödlichen Umarmung des Staates befreien und sich in eine Vielzahl von Sektoren - öffentlich-rechtlich, städtisch, stiftungs- und verbandsseigen, staatlich und privat - aufteilen“. Die Vollendung dieser „Transformation der Kultur“, die „im gleichen Rhythmus wie die globale Transformation“ verlaufen müsse, werde auch in der Zukunft die wichtigste Aufgabe bilden. Das Ministerium werde sich weiterhin mit allen Kräften dafür einsetzen, „daß sich die Kultur aus der paternalistischen, protektionistischen, in der Schule des Lebens gescheiterten Säuglingspflege befreit.“ Seinen Kritikern warf Tigrid schließlich vor, sie hätten sich „noch nicht des ideologischen Panzers entledigt“ und redeten einer elitären, manipulativen Konzeption der Kultur das Wort, die in den letzten Jahrzehnten gründlich diskreditiert worden sei. „Im Lichte dieser Erfahrungen“, fährt er fort, „ziehe ich tatsächlich das *laissez faire* des Liberalismus vor /.../. Nicht einmal der intelligentesten Kulturpolitik /.../ ist es nämlich bislang gelungen, ein einziges Talent hervorzubringen“.<sup>10</sup>

Diese Aussagen zeugen nicht nur von der durchaus problematischen Neigung des Ministers zu allgemeinen, sich bisweilen der plakativen Überspitzung bedienenden Sentenzen, sondern sie scheinen zugleich den Vorwurf zu bestätigen, daß Tigrid über dem „Krieg“ gegen das Erbe der totalitären Kulturpolitik die gegenwärtigen Probleme der tschechischen Kultur vergesse bzw. daß er sich von einem genauso naiven wie gefährlichen Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte leiten lasse, die, wenn man sie nur nicht behindere, auch die Transformation und die weitere Lebensfähigkeit der Nationalkultur gleichsam automatisch garantierten. In diesem Fall wären das „Nichtstun“ und die schnellstmögliche Abschaffung des Kulturministeriums tatsächlich die beste Politik. Diese Kritik macht es sich aber doch zu einfach. Immerhin erklärt der Minister wiederholte Male ausdrücklich, daß er den Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Kultur als sein **Fernziel** betrachtet. Zuvor müßte nach seiner Überzeugung eine ganze Reihe legislativer Maßnahmen erfolgen, um die Kulturförderung durch andere Subjekte sicherzustellen. Erwähnt wird in diesem Zusammenhang, neben den Gesetzen über gemeinnützige Organisationen und die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden, vor allem die Verwaltungsreform, also die Errichtung der von der Verfassung vorgesehenen Regionen oder Kreise, die die Hauptverantwortung für die Kultur auf ihrem Territorium übernehmen würden. Eine weitere Voraussetzung für die Entstaatlichung der Kultur bilde die Installierung unabhängiger Fachgremien, die über die Verteilung öffentlicher Mittel entscheiden würden. Damit habe man längst begonnen, der Prozeß müsse aber energisch vorangetrieben werden. Schließlich und vor allem weist der Minister darauf hin, daß aus seinem Etat - was den

<sup>9</sup> Pavel Tigrid: Ještě o té kulturní politice, in: Právo, 7.11.1995

<sup>10</sup> ders.: Vot kultura!, in: Právo, 3.10.1995

Kritikern kaum entgangen sein dürfte - nach wie vor beträchtliche Summen in die Kultur flößen und eine Verminderung oder gar Abschaffung dieser Förderung zumindest für die nächsten Jahre nicht geplant sei. Er betrachte es dabei als seine wichtigste Aufgabe, „das wie den Augapfel zu hüten, was künstlerisch nachgewiesenermaßen gut, ja hervorragend ist und was ohne staatliche Hilfe eingehen oder sich jedenfalls nicht durchsetzen könnte“. <sup>11</sup>

Eine solche Absicht paßt offensichtlich überhaupt nicht zum Bild eines orthodoxen Anhängers der neoliberalen Heilslehre, als den die *Právo*-Redakteure Tigrid erscheinen lassen und zu dem sich dieser durch mißverständliche Formulierungen bisweilen auch selbst zu erklären scheint. Der Kulturminister betreibt faktisch doch eine Kulturpolitik, auch wenn er diesen Begriff nur ungern verwendet. Er benennt sogar einen inhaltlichen und einen die Prozedur bzw. die unmittelbaren Träger der Kulturförderung betreffenden Schwerpunkt dieser Politik. So stellt er zum einen unmißverständlich fest: „Als wichtigste Aufgabe des Kulturministeriums habe ich zu Beginn meines Wirkens die Denkmalpflege und -rettung bestimmt“. <sup>12</sup> Zum andern deklariert er das Prinzip der „Finanzierung der Kultur aus mehreren Quellen“ zum „zentralen Glied der erwähnten Kulturpolitik“ (sic!), das er weiterhin stärken wolle. <sup>13</sup>

### *Eine Äußerung des Premiers und ihr Echo in der politischen Sphäre*

Andere Zeitungen griffen das Thema der Kulturpolitik und der Zukunft des Kulturressorts erst Anfang November 1995 auf. Den Anstoß dazu gab die Ankündigung des Premierministers Václav Klaus, daß das Kulturministerium möglicherweise schon nach den nächsten Parlamentswahlen im Juni 1996 abgeschafft werden könnte. Klaus fügte dem hinzu: „Ich glaube, daß wir kein Kulturministerium brauchen; wir brauchen die Kultur“. <sup>14</sup> Diese Äußerung löste in der politischen Sphäre ein vielstimmiges, widersprüchliches Echo aus. Während sich einige andere Spitzenpolitiker der *Demokratischen Bürgerpartei* (ODS) der Auffassung ihres Vorsitzenden Klaus nachdrücklich anschlossen, protestierte die Opposition heftig und die beiden kleineren Koalitionsparteien meldeten deutliche Zweifel zumindest hinsichtlich des genannten Zeitpunkts dieser Maßnahme an. So kommentierte Jan Kalvoda, der stellvertretende Regierungschef und Vorsitzende der *Demokratischen Bürgerallianz* (ODA), den Vorstoß des Premiers so: „Ich würde daraus jedoch nicht auf eine Abschaffung dieses Ressorts innerhalb von einem dreiviertel Jahr schließen. Dezentrale Strukturen, auf die die kulturellen Kompetenzen des Staates übergehen sollten, gibt es bislang nicht. Es geht dabei nicht nur um höhere Selbstverwaltung /seinheiten/, sondern auch um eine lebensfähige gemeinnützige Sphäre“. <sup>15</sup> Im ähnlichen Sinne äußerten sich einige Vertreter der *Volkspartei* (KDU-ČSL) und schließlich auch der Staatspräsident Václav Havel, der in seiner regel-

<sup>11</sup> František Cinger: Vliv státu

<sup>12</sup> Pavel Tigrid: Ještě o té

<sup>13</sup> František Cinger: Vliv státu

<sup>14</sup> Zit. nach Miroslav Korecký / Martin Maňák: Resort kultury po volbách nejistý, in: LN, 7.11.1995

<sup>15</sup> ibid.

mäßigen Sonntagsansprache im Rundfunk ironisch von „einigen Kleinigkeiten“ sprach, die erfüllt sein müßten, bevor das Kulturministerium abgeschafft werden könnte. Er zählte dazu nicht zuletzt wiederum die Verwaltungsreform und legislative Maßnahmen, die die Entstehung eines „gemeinnützigen Sektors“ ermöglichen würden.<sup>16</sup> Und Pavel Tigrid? Er ließ seinen Sprecher mitteilen, daß ihn die Äußerungen des Regierungschefs „überrascht“ hätten, denn er sei bislang davon ausgegangen, daß „der Prozeß der Beendigung der Tätigkeit /des Ministeriums/ längerfristig“ sein würde.“<sup>17</sup> Schließlich machte der Ministerpräsident einen Rückzieher und beendete damit die Debatte in der politischen Sphäre. Genauer: Er gab an, daß seine „zufällige Antwort“ auf eine Frage über die vakante Stelle des Stellvertretenden Kulturministers von den Journalisten „völlig künstlich“ zu einem Problem hochstilisiert worden sei und er sich selbstverständlich der Meinung anschließe, daß die Abschaffung des Ministeriums „eine Reihe von Verränderungen, einschließlich der Veränderung des Kompetenzgesetzes“, voraussetze.<sup>18</sup>

### *Der weitere Fortgang der Debatte*

Während die großen Kulturperiodika des Landes, namentlich *Literární noviny* und *Tvar*, auch nach der überraschenden Ankündigung des Premierministers interessanterweise kaum - und in den wenigen Ausnahmefällen keineswegs eingehender und kompetenter als die Tagespresse - in die Debatte über die Perspektiven der Kulturpolitik eingriffen, wandten sich von nun an vor allem die Zeitungen *Mladá fronta dnes* (MFD), *Lidové noviny* (LN) und *Český týdeník* (ČT) dem Thema intensiv zu. Die einzelnen Artikel beurteilten zwar die Notwendigkeit und das mögliche oder wünschenswerte Profil einer staatlichen Kulturpolitik und folglich auch die Zukunft des Kulturministeriums durchaus unterschiedlich, ihre Sicht des Ist-Zustands wies aber einige auffällige Gemeinsamkeiten auf. Zuallererst zeichnen sie, im Unterschied zu den in *Právo* abgedruckten Kommentaren, ein insgesamt positives Bild der tschechischen Kultur. Besonders hervorgehoben werden dabei „freie Aktivitäten von Einzelpersonen“, die sich „bis zur sympathischen Unübersichtlichkeit ausgewachsen“, sowie konkret die im Laufe der letzten fünf Jahre entstandene „reichhaltige Buchkultur und die Kunst-, Musik- und audiovisuelle Produktion“.<sup>19</sup> Das Kulturministerium bekommt dennoch durchweg schlechte Noten: Die genannten Aktivitäten sind, wie immer wieder betont wird, nicht dank, sondern trotz seines Wirkens zustandegekommen. Welche Erwartungen knüpfen die Kritiker aber an das Ministerium?

Einige Autoren vermissen insbesondere „eine klare Formulierung unserer staatlichen Kulturphilosophie“, aus der sich plausible, öffentlich diskutierbare Förderungskriterien ableiten ließen. Die meisten demokratischen Staaten Europas

<sup>16</sup> Ministerstvo lze zrušit, ale..., in: LN, 4.12.1995

<sup>17</sup> Tigrid překvapen úvahou o vládě bez jeho ministerstva, in: Právo, 7.11.1995

<sup>18</sup> Klaus se nedomnívá, že resort kultury zruší ihned po volbách, in: MFD, 9.11.1995.

<sup>19</sup> Vgl. Alex Koenigsmark: Spor o smysl české kultury?, in: MFD, 18.11.1995; Josef Chuchma: Kulturní provoz příliš hlučící, in: MFD, 30.12.1995; Tereza Brdečková: Nejde jen o úřad, ale o minisra, in: LN, 12.1.1996 und Karel Steigerwald: Mnoho pompy, málo dělnosti, in: LN, 7.11.1995

hätten eine solche „Kulturphilosophie“, definierten folglich bestimmte „präferierte Bereiche der Kultur“ und förderten systematisch Einrichtungen und Projekte, die „das spezifische, lebendige Erscheinungsbild des kulturellen Geschehens“ des Landes prägten. Dazu gehörten beispielsweise Aktivitäten mit „nicht-nationalen, multikulturellen Programmen“ oder solche, die „die städtische und die regionale Kultur homogenisieren“. Wenn „Tigrids laues Ministerium“ das nicht leisten könne, wenn es nicht imstande sei, „gute Arbeit vom unnützen Kulturbetrieb zu unterscheiden“, wäre es in der Tat am besten, es abzuschaffen.<sup>20</sup> Nicht darum geht es aber diesen Kritikern wirklich, sondern vor allem um die Effizienz der obersten Kulturbehörde des Landes, die sich vor allem darauf verstehen müßte, klare Konzepte zu entwickeln und Wege zu ihrer Realisierung aufzuzeigen und politisch durchzusetzen. Die Fähigkeit des gegenwärtigen Ministers, entsprechend umzudenken, wird von ihnen allerdings bisweilen recht unverhohlen in Zweifel gezogen.

Andere Autoren begrüßen zwar die Zielvorstellungen des Ministers, beurteilen aber dessen konkrete Arbeit ebenfalls vorwiegend negativ. Tigríd rede zwar fortwährend von der Entstaatlichung der Kultur, lasse aber seinen „mutigen“ Worten keine Taten folgen: „Es gibt nämlich nichts, was man bei einigem guten Willen als eine konzeptionelle Lösung hinsichtlich der allmählichen Abschaffung des Amtes bezeichnen könnte“.<sup>21</sup> Vor allem sei der Öffentlichkeit bis heute kein schlüssiges Transformationsszenario vorgelegt worden, aus dem hervorginge, auf wen die *bis dato* dem Ministerium „anvertrauten Kompetenzen und Ressourcen übertragen werden sollen, von wievielen Menschen sie zu verwalten sind, was erhalten werden soll und was der staatlichen Obhut nicht mehr bedarf“ usw.<sup>22</sup> Im Hinblick auf private Sponsoren und gemeinnützige Organisationen, die der Minister in seinen Beiträgen oft erwähnt, heißt es, daß sie nicht nur keinen vollwertigen Ersatz für die staatliche Kulturförderung bilden könnten, sondern daß bislang auch zu wenig getan worden sei, um ihnen zumindest „klare legislative und wirtschaftliche Existenzbedingungen“ zu sichern.<sup>23</sup> Es bleibt zu erwähnen, daß diese Kritiker oft auch auf die vielen kulturpolitischen Affären der Ära Tigríd (stichwortartig: die Leitung der Nationalgalerie und der Tschechischen Philharmonie, konkurrierende Filmfestivals in Prag und Karlsbad und vor allem der Zusammenbruch der Kultur-Lotterie) hinweisen und sie zum Teil interessanterweise auf konzeptionelle Defizite der genannten Art zurückführen. So heißt es in einem Beitrag im Hinblick auf die Affäre um den Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie Gerd Albrecht, daß diese nicht so sehr durch eine „Krise in der Philharmonie“ wie durch die mißglückten „Transformationsversuche des Ministeriums“ - sowie durch „unerhörte Ambitionen einiger Figuren auf der tschechischen kulturpolitischen Szene“ - hervorgerufen worden sei. Das Ministerium habe viel zu lange improvisiert und sich auf mündliche Absprachen verlassen, statt dem Orchester eine klare und zeitgemäße Satzung zu geben, die die Kompetenzen des Chefdirigenten und des Generaldirektors neu definieren und aufeinander abstimmen würde. M.a.W.: Der

<sup>20</sup> Vgl. Alex Koenigsmark: Spor o smysl und Věra Jirousová: Tigrídovo vlažné ministerstvo, in: LN, 8.11.1995

<sup>21</sup> Jana Bendová/Josef Chuchma: Kultura se bez ministra obejde, in: MFD, 7.11.1995

<sup>22</sup> Josef Chuchma: Kulturní provoz

<sup>23</sup> Jiří Kříž/Josef Brož/ Martin Mejstřík: Kultura se „odstátňuje“, in: ČT, 17.-20.11.1995

Streit um Albrecht sei nur ein „Stellvertreter-Problem“ gewesen, hinter dem sich „das reale Problem des Statuts des musikalischen Organismus „der Tschechischen Philharmonie verberge.“<sup>24</sup>

### *Die Leistungsbilanz des Kulturministeriums in den neunziger Jahren*

Im Hinblick auf konzeptionelle Aufgaben, die in der gegenwärtigen Übergangsphase natürlich besonders wichtig sind, erscheint die Leistungsbilanz des tschechischen Kulturministeriums als äußerst dürftig. Das Amt hat es bislang in der Tat versäumt, ein präzises, detailliertes Konzept vorzulegen, das vor allem erkennen ließe, auf welche Weise die von seinen mittlerweile vier Chefs seit Jahren emphatisch proklamierte Entstaatlichung der Kultur vonstatten gehen und wie das Alternativmodell der Kulturförderung schließlich aussehen sollte. Tigrids Erklärung zu den o.g. Äußerungen des Premiers legt sogar die Vermutung nahe, daß die Arbeit daran Ende 1995 - also sechs Jahre nach der Wende und immerhin anderthalb Jahre nach dem Amtsantritt des Ministers - überhaupt erst begann: „Zur Zeit sammeln wir Unterlagen darüber, wie ähnliche Ressorts im Ausland funktionieren oder nicht funktionieren /.../. Zunächst werden solche Modelle ausgewertet, die nachweislich nicht übertragbar sind, während die anderen der zuständigen Kommission zur Bearbeitung zugeleitet werden /.../. Zugleich werden die Leiter der einzelnen Abteilungen einen eigenen Bericht über den gegenwärtigen Zustand des Ministeriums vorlegen. /.../ In der Schlußphase wird ein aus neun bis maximal elf unabhängigen, also nicht dem Amt angehörenden Persönlichkeiten bestehender Rat der Weisen die Ergebnisse der beiden Analysen beraten und eine abschließende Gesamtwürdigung vornehmen, deren Wortlaut ich meinem Nachfolger übergeben werde.“<sup>25</sup> Zwei Monate später, im Januar 1996, meldete sich Tigrid erneut zu Wort und gab bekannt, daß er Anfang des Jahres eine Studie in Auftrag gegeben habe, in der „die Erfahrungen und die Praxis anderer demokratischer Länder, die sich der Bedeutung der Kultur bewußt sind“, im Hinblick darauf ausgewertet werden sollten, was „sich als zweifellos positiv für die Freiheit und die Entwicklung der Kultur erwiesen“ habe, und die auch konkrete Vorschläge „in Form einer Gesetzesvorlage über die Verwaltung kultureller Angelegenheiten in der Tschechischen Republik“ enthalten werde.<sup>26</sup> Man darf gespannt sein, wie konkret und praktikabel die Vorschläge dieses „Weißbuchs“, das bereits zum 1. 6. 1996 vorliegen soll, wirklich sein werden.

Unabhängig davon, wie klar oder ausgereift seine strategischen Konzepte sind, muß das Kulturministerium eines Reformlandes naturgemäß bei der Vorbereitung einer Vielzahl partikularer, seinen Wirkungsbereich betreffender legislativer Neuerungen mitwirken. Tigrids Behörde war tatsächlich maßgeblich an der Formulierung zahlreicher Gesetze und Gesetzesnovellen beteiligt, die die Existenzbedingungen der Kultur neu regeln und denen man zum Teil durchaus die Intention

---

<sup>24</sup> ibid.

<sup>25</sup> Zit. nach Mirka Spáčilová: Tigrid chystá návod, jak zrušit ministerstvo, in: MFD, 15.11.1995

<sup>26</sup> Pavel Tigrid: Mnoho vzrušení kolem zrušení, in: LN, 12.1.1996

anmerkt, die Rolle des Staates im kulturellen Leben zu beschränken. Nicht alle diese legislativen Maßnahmen stießen jedoch auf Zustimmung. Heftig kritisiert wurde vor allem das Pressegesetz und auch das Gesetz über die Transformation der Kulturfonds in Stiftungen des öffentlichen Rechts. Aus einleuchtenden Gründen, denn zum Beispiel das letztere Gesetz garantiert zwar den seit den fünfziger Jahren bestehenden Selbsthilfeorganen der Kunschtschaffenden eine weitgehende Autonomie, entzieht ihnen aber zugleich ihre wichtigste Einnahmequelle, die einprozentige Pflichtabgabe von allen Autorenhonoraren und allen Gebühren für die Benutzung von Kunstwerken, und läßt so ihre Zukunft völlig ungewiß erscheinen. Vorwiegend negativ beurteilt wurde auch das im September 1995 vom Parlament verabschiedete Gesetz über die gemeinnützigen Organisationen, bei dessen Formulierung das Kulturministerium zwar nicht federführend war, das aber seine Spitzenbeamten - einschließlich des gegenwärtigen Ministers - lange nachdrücklich gefordert und als einen Meilenstein auf dem Weg zur Entstaatlichung der Kultur präsentiert hatten. Kritisiert wird dabei nicht nur die zu geringe Höhe der darin vorgesehenen Steuererleichterungen etwa für die Kulturförderung, sondern auch der Umstand, daß das Gesetz keinen hinreichenden Schutz vor der Gefahr biete, „daß die Gesellschaften nach einiger Zeit aufhören, ihre Tätigkeit auszuüben, und den Besitz für andere Zwecke verwenden“. Es sei auch zu bedauern, daß der Gesetzgeber das in dem ursprünglichen Entwurf vorgesehene „spezielle Modell der Steuererleichterungen“ schließlich verworfen und sich statt dessen entschieden habe, die gemeinnützigen Organisationen diesbezüglich „anderen Subjekten, die auf der Grundlage bestehender Normen bereits Steuervorteile genießen“, gleichzustellen.<sup>27</sup>

Auf breiten Konsens stieß hingegen eine andere, ebenfalls der Stärkung der Autonomie des kulturellen Sektors dienende Neuerung der letzten Jahre: die Einrichtung von Expertenkommissionen, die über die Verteilung der im Kulturetat für bedeutende Projekte vorgesehenen Mittel entscheiden. Eine solche, aus dreizehn Schriftstellern, Kritikern, Verlegern und Buchhändlern zusammengesetzte und von dem bekannten Romancier Ivan Klíma geleitete Kommission zum Beispiel vergibt seit 1994 im Rahmen des Programms „Literatur und Autoren der ČR“ Druckkostenzuschüsse, die es den Verlagen ermöglichen, wichtige, aber finanziell aller Voraussicht nach nicht rentable Werke der Literatur herauszugeben. Im vergangenen Jahr wurde so die Publikation von 65 Titeln aus 32 Verlagen mit einer Gesamtsumme von 2,9 Millionen Kronen bezuschußt. Ähnliche Kommissionen sind mittlerweile auch im Bereich des Theaters, der bildenden Künste und der Architektur tätig.<sup>28</sup> Ohne staatliche Mittel kommt der ebenfalls vom Kulturministerium eingerichtete Fonds für Kinematographie aus, der die einheimische Filmproduktion jährlich mit etwa 35 Millionen Kronen fördert. Er speist sich vorwiegend aus einem prozentualen Anteil an den für die Verwendung älterer tschechischer Filme zu entrichtenden Gebühren und dem Zuschlag von einer Krone zu jeder verkauf-

<sup>27</sup> Ladislav Jakl: Obecně prospěšné organizace, in: LN, 2.10.1995

<sup>28</sup> Vgl. dazu Granty i mimo občanská sdružení, in: LN, 19.12.1995; Přehled nakladatelství a titulů, kterým Ministerstvo kultury v roce 1995 udělilo grant v rámci programu Literatura a autoři ČR, in: Tvar 21/1995, S.2 und Ivan Klíma: Na koho se zlobit, kulturo!, in: LN, 12.2.1996

ten Kinokarte.<sup>29</sup> Mit einem absoluten Fiasko endete demgegenüber ein weitaus ehrgeizigerer Plan des Ministeriums - die Gründung einer Kultur-Lotterie, deren Gewinne vor allem in die Denkmalpflege fließen sollten. Der zu diesem Zweck geschaffene Staatliche Fonds für Kultur nahm zur Anschubfinanzierung bei der Commerzbank ein Darlehen in Höhe von 350 Millionen Kronen auf, für das er - widerrechtlich, wie später die Oberste Aufsichtsbehörde des Landes feststellte - mit zwei historisch wertvollen Gebäuden in Prag bürgte. Zum Betreiber der Lotterie erkor er die Privatfirma K.J.D., die sich vertraglich verpflichtete, das Darlehen aus den erwarteten Einnahmen zu tilgen. Einige Zeit später geriet die Firma aber in Zahlungsunfähigkeit und war folglich nicht in der Lage, die eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. So entzog der Kulturminister ihr im Mai 1995 die Betreiberlizenz und löste die Kultur-Lotterie auf. Wer das Darlehen und weitere Schulden in zwei- oder gar dreistelliger Millionenhöhe, die die Firma hinterlassen hatte, zurückzahlen soll, ist bis heute ungeklärt.<sup>30</sup>

Gemessen an dem selbstgesteckten Ziel einer tiefgreifenden Transformation des kulturellen Lebens kann man die Arbeit des Kulturministeriums also kaum als erfolgreich bezeichnen. Die geschilderten legislativen und organisatorischen Neuerungen stellten allenfalls einen bescheidenen Beitrag zur größeren Autonomie dieser Sphäre dar. Der vor allem in *Právo* wiederholt vorgebrachte Vorwurf, das Ministerium überlasse die Nationalkultur weitgehend den Marktkräften und füge ihr durch sein „Nichtstun“ einen schweren Schaden zu, ist dennoch ungerechtfertigt. Es bleibt immerhin festzuhalten, daß es nach wie vor einer Vielzahl kultureller Einrichtungen und Projekte beträchtliche finanzielle Zuwendungen gewährt. Auch das ist natürlich Kulturpolitik. Ein hoher Ministerialbeamter stellt sogar klipp und klar fest: „Kulturpolitik ist nichts anderes als die strategische Entscheidung über den Umfang der Finanzen“ sowie „über die Prioritäten bei den Investitionen“ in den kulturellen Sektor.<sup>31</sup> Interessanterweise verwendet auch der Minister selbst bisweilen ähnliche Formulierungen, vermeidet aber eine eindeutige Festlegung, indem er sie **explizit** einmal „Realisten“, ein anderes Mal „Pragmatikern“ zuschreibt, ohne sich von der entsprechenden Auffassung jedenfalls zu distanzieren: „was ist die Kulturpolitik anderes, meint der Realist, als /die Entscheidung darüber,/ wieviele öffentliche Mittel in die Kultur fließen und wofür“. Oder: „Es gibt Pragmatiker, die behaupten, daß die Kulturpolitik durch den Geldfluß bestimmt werde: wieviel Geld und wohin fließt.“<sup>32</sup> Was ist also über den Umfang und die Struktur der aus Steuermitteln finanzierten Kulturförderung in der Tschechischen Republik bekannt? Es liegen hierzu zwar keine statistischen Erhebungen oder

<sup>29</sup> Vgl. dazu Mirka Spáčilová: Fond kinematografie hledá jiný model, lidi a peníze, in: MFD, 18.8.1995 und Státní fond kinematografie rozdělil filmům pětaticet milionů, in: MFD, 3.2.1996

<sup>30</sup> Vgl. dazu z.B. Česká lotynka zaniká, aniž přinesla kultuře peníze, in: MFD, 6.5.1995; Johanna Grohová: Lotynka končí, dluh zůstává, in: MFD, 16.5.1995 und Martin Petrášek: Společnost K.J.D. rozkradla majetek Státního fondu kultury v hodnotě několika set tisíc korun, miliony dluží, in: ČT, 15.-18.9.1995

<sup>31</sup> Radmila Hrdinová: Kulturní politika není nic jiného než rozhodování o financích (ein Interview mit B.Nekolný), in: Právo, 24.11.1995 und Bohumil Nekolný: Kapři a rybník - o tom „kulturministerstvu“, in: LN, 15.11.1995

<sup>32</sup> Pavel Tigrid: Mnoho vzrušení und ders.: Vliv státu

Überblicksdarstellungen vor<sup>33</sup>, in der Presse findet man aber verstreut doch präzise Angaben, die es gestatten, sich ein einigermaßen adäquates Bild von dieser Dimension der kulturpolitischen Bilanz der neunziger Jahre zu machen. Hier soll abschließend weitgehend nur vom Jahr 1995 die Rede sein.

Das Gesamtvolumen der staatlichen Zuwendungen für die Kultur betrug im vergangenen Jahr etwas über 8 Milliarden Kronen. 3 Milliarden oder etwa 35% dieser Summe kamen dabei aus dem Staatshaushalt, während 5 Milliarden oder 65% von den Städten und Gemeinden aufgebracht wurden. Mit 1,7 Milliarden Kronen finanzierte das Ministerium allein die knapp 100 staatlichen Kultureinrichtungen - Institutionen „von gesamtstaatlicher Bedeutung“ wie das Nationaltheater, die Tschechische Philharmonie und die Nationalgalerie sowie zahlreiche Museen, Bibliotheken und andere Einrichtungen. Weitere 300 Millionen flossen in die Denkmalpflege, 83,5 Millionen in Kulturvereine - etwa für Theateraktivitäten oder für die Herausgabe von Kulturzeitschriften -, 15 Millionen in den Kauf von Kunstgegenständen und 445 Millionen in „andere Dotationen und Zuschüsse“, darunter wohl auch das o.g. Programm „Literatur und Autoren der ČR“.<sup>34</sup> Die kommunale Kulturförderung wies hingegen folgende Schwerpunkte auf: 25,2% der Gesamtsumme waren für die Denkmalpflege bzw. den Denkmalschutz bestimmt, 19,2% (ca. 1 Milliarde Kronen, zu der noch eine halbe Milliarde aus dem Staatshaushalt hinzukam) für die Theater, 17,3% für die Kulturhäuser oder -zentren und 11,6% für die Bibliotheken. Im Durchschnitt gaben die Städte und Gemeinden 1995 4,6% ihrer Budgets für die Kultur aus, während der Anteil der Kulturausgaben am Staatshaushalt etwa 0,7% betrug.<sup>35</sup>

Die oft dikutierte Frage, ob die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Kulturförderung - oder gar die Kulturförderung insgesamt - seit 1989 gesunken oder im Gegenteil gestiegen ist, kann demgegenüber mit Hilfe der in der Presse veröffentlichten Zahlen nicht präzise beantwortet werden. Diese betreffen nämlich im Hinblick auf die meisten anderen Jahre praktisch nur die Höhe des staatlichen Kulturetats, lassen also die kommunalen Ausgaben für die Kultur außer acht. So kann man nur feststellen daß die Subventionen seitens des Staates unmittelbar nach der Wende drastisch beschnitten wurden<sup>36</sup> und sich seither real - d.h. inflationsbereinigt - etwa auf demselben Niveau halten: 1993 z.B. standen ca. 2,3 und 1995, wie bereits erwähnt, 3 Milliarden Kronen zur Verfügung, während sich der Ansatz für

<sup>33</sup> Von einer Publikation wie „Kultur im Übergang - wohin?“ kann der an harten Fakten zur kulturpolitischen Situation in der ČR Interessierte nur träumen. In dieser im Auftrag des Deutschen Kulturrats und der Stiftung Lesen durchgeführten Studie werden die „Entwicklungstendenzen der kulturellen Infrastruktur in den fünf neuen Bundesländern von 1991 bis 1992“ anhand einer repräsentativen Umfrage in über 1200 Kommunen detailliert dokumentiert und interpretiert, wobei nicht zuletzt die finanzielle (und personelle) Ausstattung der kulturellen Einrichtungen im Mittelpunkt des Interesses steht

<sup>34</sup> Vgl. zu diesen Zahlen Z návrhu rozpočtu na rok 1996, in: LN, 8.11.1995 und František Cinger: Vliv státu

<sup>35</sup> Vgl. zu diesen Zahlen cg (= František Cinger): Kolik financí jde do místní kultury, in: Právo, 4.10.1995 und Radmila Hrdinová: Kulturní politika

<sup>36</sup> Vgl. dazu Igor Hájek: Czech Culture in the Cauldron, in: Euro-Asia Studies 46 (1994), Nr. 1, S. 127-142

dieses Jahr auf 3,5 Milliarden Kronen beläuft.<sup>37</sup> Das Fehlen verlässlicher Daten über die kommunale Kulturförderung wiegt deshalb schwer, weil die Städte und Gemeinden mittlerweile über weitaus mehr Kompetenzen und Ressourcen als in der Vergangenheit verfügen und nicht zuletzt für kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten auf ihrem Territorium zuständig sind. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Senkung der staatlichen Subventionen zu Beginn der neunziger Jahre primär mit dieser Kompetenzverlagerung zu tun hatte und durch kommunale Finanzleistungen kompensiert wurde. Die o.g. Zahlen für 1995 unterstützen jedenfalls eine solche Vermutung.

Noch viel weniger weiß man über das Volumen nichtstaatlicher Fördermittel, also vor allem über private Sponsorengelder, die Leistungen verschiedener Selbsthilfeorganisationen der Kunschtchaffenden und Kulturvereine sowie - im Falle des Films - die Investitionen der Fernsehanstalten. Welch wichtige Rolle etwa das Sponsoring (z.B. durch Banken, Investmentgesellschaften und große Industrieunternehmen) bereits heute in der Tschechischen Republik spielt, lassen entsprechende Hinweise in Büchern und Zeitschriften sowie auf Theater-, Konzert- und Ausstellungsplakaten zumindest erahnen. Konkrete Zahlen gibt es lediglich im Hinblick auf solche kulturellen Großveranstaltungen wie den musikalischen „Prager Frühling“ und das Filmfestival in Karlsbad. Obwohl also die genaue Höhe der Kulturförderung nicht bekannt ist, dürfte feststehen, daß die bisweilen - nicht zuletzt in *Právo* - aufgestellte Behauptung, die tschechische Kultur befinde sich gegenwärtig in einer schweren, ihren Fortbestand gefährdenden Finanzkrise, der Realität nicht standhält. Quantitative Daten über die kulturelle Infrastruktur des Landes, die allein hier erwähnt werden sollen, zeugen jedenfalls eher vom Gegenteil. Aus ihnen geht nämlich hervor, daß sich die Zahl der Theater, Museen, Galerien und Orchester seit 1989 deutlich und die der Verlage und Kulturzeitschriften sogar dramatisch erhöhte. So waren in der ČR bereits 1993 mehr als 1500 Verlage - gegenüber nur etwa 50 vor der Wende - registriert, die jährlich fünfmal so viele Buchtitel wie der Durchschnitt in den achtziger Jahren herausbrachten.<sup>38</sup> Einen ähnlichen Boom erleben zur Zeit die Kulturzeitschriften: Gab es bis 1989 im ganzen Land ein einziges (noch dazu völlig von der Ideologie geprägtes) Periodikum dieses Typs, so sind es heute mehrere Dutzend. Und es kommen immer neue hinzu - nicht zuletzt dank der kulturellen Belebung in einer Reihe mittlerer und sogar kleinerer Städte.

<sup>37</sup> Vgl. zu diesen Zahlen Mirka Spáčilová: Budoucnost jménem nadace (ein Interview mit dem früheren Stellvertretenden Kulturminister Prokop), in: MFD, 8.1.1993 und Výdaje státního rozpočtu, in: MFD, 14.12.1995

<sup>38</sup> Vgl. zu diesen Zahlen cg: Kolik financí und Roman Lipčák: Řekni mi, co vydáváš ... já ti povím, jak na tom jsi, in: Mladý svět Extra 48/1993, S. 29-38, hier S.29. Hinzuzufügen ist allerdings, daß in der gleichen Zeit die durchschnittliche Auflagenhöhe von Büchern deutlich sank